

Mittwoch, 29. Januar 2025

**Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:**

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Tübingen prüft Möglichkeiten der Beteiligung von Bürger:innen an der Transformation des Energiesektors und stellt diese dem Aufsichtsrat der Stadtwerke vor. Sie bewertet dabei insbesondere die Chancen und Risiken solcher Modelle und vergleicht sie mit herkömmlichen Finanzierungsmöglichkeiten über Kreditinstitute.

**Begründung:**

Gerade die lokale Transformation im Wärmesektor bedeutet neben allem anderen auch einen immensen finanziellen Kraftakt, der die Stadtwerke Tübingen massiv belastet. Wenn die Wärmewende so schnell wie irgend möglich gelingen soll, muss darüber nachgedacht werden, wie zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden können. Subventionen von Bund und Land sind wünschenswert, aber ungewiss. Von daher sollten Modelle der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ernsthaft in Erwägung gezogen, aber auch gegen herkömmliche Finanzierungsquellen und deren Rahmenbedingungen abgewogen werden. Ein bereits bekanntes Modell sind Bürgerenergiegenossenschaften, wie es sie regional bereits in Breitenholz gibt; eine Verbreiterung ihres Tätigkeitsgebiets im Rahmen des Ausbaus der Windenergiegewinnung auf Tübinger Markung wäre zu überlegen. Ein zweites Modell ist z.B. die Ausgabe von Genussscheinen an interessierte Einzelpersonen und Organisationen/Unternehmen, wie sie die Heidelberger Stadtwerke bereits praktiziert und auf diese Weise in kurzer Zeit in einer ersten Tranche 6 Millionen € eingesammelt haben. Gerade in einer Stadt wie Tübingen könnte durchaus ein breites bürgerschaftliches Interesse an einer solchen Form der Unterstützung zentraler Projekte der lokalen Wärmewende bestehen. Mehr Informationen dazu unter [www.swhd.de](http://www.swhd.de) – klima-invest. Auch dieser Ansatz sollte einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden. Wenn das Urteil dazu positiv ausfällt, wäre das u.U. auch ein Weg, die aktuellen Zahlungen aus dem städtischen (und höchst belasteten) Haushalt an die Stadtwerke vermindern oder zeitweilig aussetzen zu können, auch wenn diese primär zur Begrenzung von Defiziten in anderen Aufgabenbereichen der Stadtwerke dienen. Darüber hinaus gibt es sicher weitere Beteiligungsmodelle, die in Betracht gezogen werden könnten.

**Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack  
Gerhard Neth**